

Kirchenaustritte wirken sich auf Religionsunterricht aus

Die drei Landeskirchen haben ein Positionspapier erarbeitet. Sie wollen in Bildungsfragen stärker mit dem Kanton kooperieren.

Silvia Rietz

Im Sog des Missbrauchsskandals mussten die Kirchgemeinden 2023 einen Rekord an Kirchenaustritten verkraften. Diese wirken sich nicht nur auf die Anzahl Gottesdienstbesucher und die Finanzen aus, sondern auch auf den Religionsunterricht.

Dies, weil der Anteil von Schülern, die Mitglied einer Landeskirche sind, merklich zurückgeht. Obschon die Kirchen den schulischen Religionsunterricht ökumenisch und offen für alle gestalten, stosse die Finanzierung durch die Kirchgemeinden und das Integrieren ins Schulprogramm mancherorts an Grenzen. Dass die Landeskirchen des Kantons Solothurn nicht nur das liturgische Angebot sicherstellen, sondern sich breit gefächert für die Gesellschaft und den interkonfessionellen Dialog einsetzen, war Thema an der Versammlung der römisch-katholischen Synode, die in Solothurn tagte. «Die römisch-katholische Kirche engagiert sich in Bildung,

Kultur und in karitativen Institutionen. Damit trägt sie nicht nur Wesentliches zum Erhalt der christlich-abendländischen Kultur bei, sondern auch zum Zusammenhalt in der Gesellschaft», eröffnete Synodalpräsident Urs Umbricht die Versammlung. Viele dieser Aufgaben würden von der Synode,

dem Zusammenschluss der Kirchgemeinden, koordiniert und organisiert.

Ausgetretene interessieren sich weiter für Christentum

Synodalrat Kuno Schmid berichtete, dass die drei Landeskirchen für den zukünftigen Religionsunterricht ein gemeinsames Posi-

tionsspapier erarbeitet haben. «Wir möchten mit ökumenischen Unterrichtsangeboten in der Schule präsent bleiben, so wie es das Schulgesetz vorsieht.»

Andererseits würden die Kirchen das Einführen des Fachbereichs «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» an den Solothurner Volksschulen befürworten.

«Doch nicht auf Kosten des kirchlich verantworteten Religionsunterrichts, sondern als ergänzend und als Chance zum Kooperieren», so Schmid. Die meisten Kantone wenden den Lehrplan 21 mit dem bekenntnisunabhängigen Schulfach «Ethik, Religionen und Gemeinschaft» an. Nicht so der Kanton Solothurn. Hier wird der Religionsunterricht von den Kirchen allein erteilt und finanziert.

Die von Birgitta Aicher geleitete Fachstelle Religionspädagogik unterstützt die Religionslehrerpersonen mit Weiterbildungsangeboten und setzt sich für das Recht aller Kinder auf eine ethnische und religionsbezogene Bildung ein. Denn obwohl die Kirchen als Institution massiv an Vertrauen verloren haben, interessieren sich viele Ausgetretene ungebrochen für das Christentum. Zahlreiche konfessionslose und andersgläubige Eltern möchten ihre Kinder weiterhin in den Religionsunterricht schicken. «Das Auseinandersetzen mit Religion und dem christli-

chen Glauben wird in einer mehr und mehr säkularen Gesellschaft zur Herausforderung», sagt Birgitta Aicher. Sie wünscht sich, dass alle Kinder den Religionsunterricht besuchen dürften und dieser nicht zum «Freizeitangebot» degradiert, sondern auf allen Ebenen unterstützt werde.

Bildungsdirektor Remo Ankli kennt das Anliegen sowie das Positionspapier der Kirchen und ging in seiner Grussbotschaft darauf ein: «Wir suchen nach Lösungen und sind auf dem Weg.»

Dies nahm auch die scheidende Synodalrätin Theres Mathys-Manz gerne zur Kenntnis, die sich während 18 Jahren in verschiedenen Ressorts engagierte und welcher der Religionsunterricht immer besonders am Herzen lag.

Synodalpräsident Urs Umbricht würdigte ihre Verdienste, zu denen das «OekModula» für die qualifizierte Ausbildung von Religionslehrpersonen mit anderen Konfessionen in Solothurn und Basel gehört, das sie mit aufbaute und nachhaltig prägte.

Der synodale Weg im Bistum Basel

Verwalter Dominik Portmann präsentierte die Synodalrechnung der römisch-katholischen Synode Kanton Solothurn sowie die Finanzausgleichsrechnung, welche die vielfältigen Aufgaben der Synode in Zahlen dokumentieren. Die Verwaltungsrechnung und die Aufwendungen für die anderssprachigen Missionen schliessen bei einem Umsatz von rund 2,7 Millionen Franken mit einem Ertragsüberschuss von 6200 Franken ab. Die Finanzausgleichsrechnung weist bei einem

Umsatz von 2,5 Millionen einen Ertragsüberschuss von 34000 Franken auf.

Neben den Finanzen stand auch der «synodale Weg» im Zentrum. Papst Franziskus will eine synodale Kirche, in der Menschen miteinander sprechen und aufeinander hören. Deshalb lancierte er 2021 einen dreistufigen synodalen Prozess, der mit dem Befragen des Volkes Gottes startete, gefolgt von Gesprächen auf kontinentaler Ebene und zwei Bischofssynoden in Rom

2023/2024. Referent Detlef Hecking, Pastoralverantwortlicher im Bistum Basel, erklärte, dieser globale Prozess sei einzigartig und wolle den Zusammenhalt in der Kirche stärken. Parallel zur Weltkirche findet der synodale Prozess auch auf diözesaner Ebene statt. Die synodale Versammlung 2022 in Basel habe die Notwendigkeit gezeigt, diesen Weg breit abzustützen. Dafür sei eine gut vernetzte Begleitgruppe eingesetzt worden, die relevante Themen aufnehme und einbringe. (srb)
